

Der e-Minister bin ich

Interview mit Otto Schily, Bundesinnenminister, über sein Ziel, Deutschland auf Platz eins bei internationalen e-Government-Rankings zu bringen.

Herr Minister, Deutschland holt auf beim e-Government. Laut der jüngsten Accenture-Studie liegt die Bundesrepublik weltweit unter den Top-Ten bei der Umsetzung der digitalen Verwaltung, dank der Initiative BundOnline 2005. Sind Sie zufrieden mit dem Ergebnis?

Innerhalb eines Jahres hat sich Deutschland um sechs Plätze verbessert. Damit haben wir einen großen Sprung nach vorn gemacht. Das wichtigste Ergebnis ist übrigens nicht, dass wir jetzt zu den Top Ten beim e-Government zählen, sondern dass wir – so die Studie wörtlich – „dramatische Verbesserungen“ im letzten Jahr erzielt haben. Beim Online-Angebot von Dienstleistungen hat das deutsche e-Government im internationalen Vergleich sogar Platz vier erreicht. Die Studie belegt, dass unsere e-Government-Initiative BundOnline 2005 als Vorzeigeprojekt anerkannt wird. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir wollen an die Spitze. Ziel ist Platz eins in der internationalen Wertung.

Spitzenreiter beim e-Government sind Kanada und Singapur. Welchen Sinn machen solche Rankings angesichts unterschiedlicher politischer Systeme?

Sicherlich sind Singapur und Kanada nicht ohne weiteres mit Deutschland vergleichbar. Dazu sind diese

drei Staaten zu unterschiedlich. Aber das sollte uns nicht daran hindern, die e-Government-Lösungen anderer Staaten sorgfältig auszuwerten, ob wir das eine oder andere übernehmen können.

Der föderale Staatsaufbau in Deutschland gilt als Hindernis bei der Einführung von e-Government. In England kümmert sich ein Sonderbeauftragter im Minister-rang um e-Government. Können Sie sich einen deutschen e-Minister vorstellen?

Wir wollen, wie gesagt, Deutschland auf einen Spitzenplatz bringen. Den Föderalismus müssen wir deshalb nicht abschaffen. Aber unsere e-Government-Strukturen müssen eben für unseren föderalen Staatsaufbau maßgeschneidert sein. Das wird sicherlich leichter zu erreichen sein, wenn die notwendige Reform des Föderalismus gelingt. Den deutschen e-Minister haben wir schon: Das bin ich.

Es gibt Rufe nach einer übergeordneten Behörde, die e-Government-Initiativen auf allen Ebenen koordiniert. Halten Sie eine solche „Overlay-Verwaltung“ für sinnvoll?

Die Koordination ist Aufgabe einer Staatssekretärsrunde unter Leitung von Staatssekretärin Brigitte Zypries. Eine zusätzliche Verwaltungsebene ist nicht erforderlich.



Otto Schily

Welche Kompetenz sollte solch eine Behörde haben? Wir setzen auf die Überzeugungskraft guter Beispiele: Im Mai hat das Beschaffungssamt des Bundesinnenministeriums zum ersten Mal einen Auftrag elektronisch ausgeschrieben. Das ist ein Erfolg unseres Modellprojekts Öffentlicher Eink@uf Online. Jetzt sind wir in der angenehmen Lage, Ländern und Kommunen ein gutes Angebot machen zu können. Es lautet: Ihr habt doch auch ein Interesse an Ausschreibungen im Internet. Wir bieten euch an, unsere elektronische Vergabeplattform kostenlos zu nutzen.

Warum sollen Städte, Gemeinden und Landkreise dies tun?

Mehrere tausend Kommunen können von diesem Angebot Gebrauch machen, ohne selbst Geld in eine aufwändige Beschaffungsplattform investieren zu müssen. Davon profitieren alle: Die Länder und Kommu-

nen sparen Entwicklungskosten; der Bund sorgt so dafür, dass sich gemeinsame e-Government-Standards etablieren. Das Beispiel zeigt: Vernünftige Lösungen setzen sich durch; neue Verwaltungen, die zentralistisch alles kontrollieren wollen, nutzen nichts.

Im Dezember vergangenen Jahres haben Sie den Umsetzungsplan für BundOnline 2005 verkündet. Wie geht es weiter mit der e-Government-Initiative des Bundes?

„Wir sollten e-Government-Lösungen anderer Staaten sorgfältig auswerten.“

Wir halten unseren Zeitplan ein. In diesem Frühjahr haben wir das Konzept für die zentralen Aufgaben abgestimmt. Wir entwickeln Basiskomponenten wie zum Beispiel eine Bezahlplattform, die dann alle Behörden verwenden können. So vermeiden wir Parallel- und Doppelentwicklungen und sparen gleichzeitig Zeit und Entwicklungskosten. Diese Basiskomponenten sind bereits ausgeschrieben worden, in den nächsten Wochen werden wir die Aufträge vergeben. Von den 119 Dienstleistungen, die wir im Jahr 2002 bereitstellen wollten, waren Ende Mai bereits 60 Prozent online verfügbar. So werden wir wie geplant bis Ende 2005 die über 350 internetfähigen Dienstleistungen des Bundes online zur Verfügung stellen.

Um durchgängige elektronische Services anzubieten, ist eine Vernetzung aller staatlichen Ebenen notwendig. Wie wollen Sie die Länder und Kommunen einbinden?

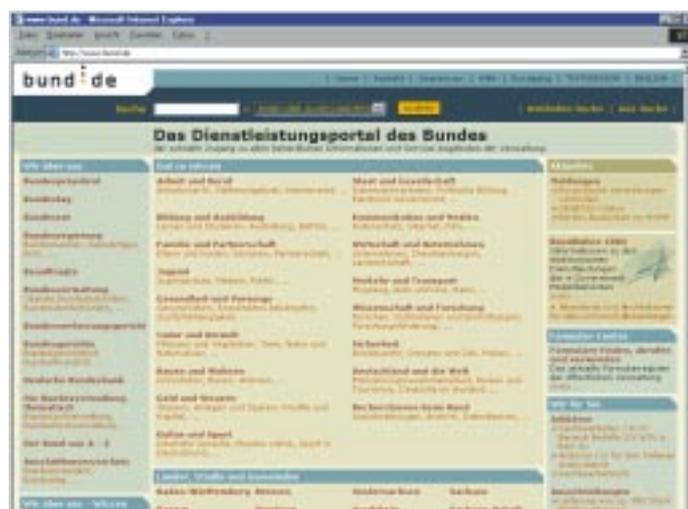
Dort, wo es bereits bürgernahe e-Government-Angebote in den Rat-

häusern gibt, gehen sie häufig auf die Unterstützung des Bundes zurück. Das vorbildliche MEDIA@Komm-Projekt in Bremen, Esslingen und Nürnberg ist dafür ein gutes Beispiel. Hier hat der Bund rund 21 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Auch mit etlichen Bundesländern gibt es inzwischen vielversprechende Kooperationen, etwa bei der Beantragung und Rückzahlung von Baufög, dem Ausbildungsdarlehen für Studierende. Um diese guten Ansät-

ze auszubauen, treffen sich auf meine Initiative hin die für e-Government zuständigen Staatssekretäre des Bundes und der Länder sowie Vertreter kommunaler Spitzenverbände, um ihre Erfahrungen auszutauschen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Auch die Standardisierung der Technik treiben wir voran: Das Bundesinnenministerium hat gerade mit „SAGA“ im Internet ein öffentliches Anwenderforum eingerichtet, in dem Verwaltungsexperten aus Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit Anbietern von Informationstechnik und Software über e-Government-Standards diskutieren. Der Bund bindet also Länder und Kommunen auf vielen Ebenen in seine Strategie ein.

Etwa 80 Prozent der Behördenkontakte eines Bürgers finden auf kommunaler Ebene statt. Gerade kleine Gemeinden sind jedoch mit der Einführung neuer Technologien überfordert. Müssen die Kommunen nicht durch Bund und Länder gefördert werden?

Der Bund kann sich nicht um jedes einzelne e-Government-Projekt in jedem deutschen Rathaus kümmern. Aber wir nehmen unsere Verantwortung wahr: Wir bieten den Kommunen an, die von uns entwickelten Basiskomponenten zu besonders günstigen Konditionen zu nutzen. Wir fördern beispielhafte elektronische Dienstleistungen in einzelnen Städten durch das bereits erwähnte Projekt MEDIA@Komm. Und wir sind mit unserer Initiative BundOnline Vorbild, wie eine gut durchdachte e-Government-Strategie in kurzer Zeit zum Erfolg führt. Wenn die Kommunen – aber auch die Länder – diese Chance nutzen, sprechen wir vielleicht schon bald nicht mehr



www.bund.de: Das Dienstleistungsportal des Bundes.

von einem Projekt BundOnline, sondern von DeutschlandOnline. Dazu müssen die Kommunen allerdings eigene Anstrengungen unter-

nehmen und sich untereinander auf gemeinsame e-Government-Standards verständigen. Das derzeit geplante Projekt „Digitales Ruhrgebiet“, bei dem mehrere Städte in Nordrhein-Westfalen zusammenarbeiten wollen, kann ein gutes Beispiel in diesem Sinne werden. Die Kommunen müssen eine gemeinsame e-Government-Strategie vereinbaren und umsetzen. Diese Aufgabe kann ihnen der Bund nicht abnehmen.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ergeben sich durch elektronische Beschaffung große Chancen. Erstmals können sich Anbieter unabhängig vom Standort ihres Unternehmens auf einfache Weise über die Einkaufswünsche des Bundes per Mausklick informieren. Davon profitiert vor allem der Mittelstand, und wir erwarten deshalb ein hohes Interesse an den öffentlichen Ausschreibungen über die Beschaffungplattform.

Stichwort e-Democracy erhoffen sich manche eine bessere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen. Teilen Sie diese Erwartungen?

Das Internet bietet neue Möglichkeiten zur Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Chancen zur Partizipation an politischen Entscheidungen nutzen wir bereits. Die Bundesregierung veröffentlicht zum Beispiel online Gesetzentwürfe, noch ehe sie vom Kabinett beschlossen worden sind. Wir haben im vergangenen Jahr im Internet auch ein Diskussionsforum eingerichtet, in dem die Bürgerinnen und Bürger ein Gesetzesvorhaben vor der politischen Entscheidung der Bundesregierung diskutieren konnten. Beim Dialog zum Thema Nachhaltigkeit haben die Menschen erstmals online aktiv an einem Strategiepapier der Regierung mitgearbeitet. Das sind gute Ansätze. Aber man darf die Möglichkeiten von e-Democracy auch nicht überschätzen. Politikmüdigkeit lässt sich damit nicht verhindern. Sie hat andere Ursachen. Insofern ist die Partizipation über das Internet kein Allheilmittel. Aber e-Democracy sollte ein selbstverständlicher Bestandteil des politischen Dialogs werden.

Interview: Alexander Schaeff

„Die Kommunen müssen eine gemeinsame e-Government-Strategie vereinbaren.“

Die netzbasierte Beschaffung von Gütern und die elektronische Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand gilt als Mittel, die Haushalte zu entlasten. Ist e-Procurement also ein Muss für die öffentliche Hand?

Die öffentliche Hand ist mit einem Volumen von 250 Milliarden Euro pro Jahr der größte Einkäufer in Deutschland. Experten schätzen das Einsparpotenzial durch elektronische Vergabeverfahren auf fünf bis zehn Prozent des Einkaufsvolumens. Dadurch kann die öffentliche Verwaltung in Deutschland jedes Jahr rund 20 Milliarden Euro sparen. Wir sind den Steuerzahlern gegenüber verpflichtet, möglichst sparsam mit öffentlichen Geldern zu wirtschaften. Die Chancen, die elektronische Vergabeverfahren dazu bieten, werden wir umfassend nutzen.

Einige Kommunalpolitiker fürchten, dass e-Procurement die ansässigen Unternehmen benachteiligt und die kommunale Wirtschaftsförderung schwächt. Können Sie diese Befürchtungen nachvollziehen?

Die elektronische Signatur scheint sich nicht durchzusetzen, die ersten Anbieter geben auf. Was tut der Bund, um die Verbreitung von e-Signaturen zu fördern?

Die Bundesregierung ist für einen breiten Einsatz der elektronischen Signatur. Das hat sie in diesem Jahr mit einem Kabinettsbeschluss zur Sicherheit im elektronischen Rechts- und Geschäftsverkehr untermauert. Eine möglichst große Verbreitung von Signaturkarten ist für Staat und Wirtschaft von großem Nutzen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Banken könnten ihren Kunden anbieten, die ec-Karte zusätzlich mit einer digitalen Signatur auszustatten. Jeder Bankkunde könnte dann ohne Probleme auch e-Government-Dienstleistungen von Unternehmen und Verwaltungen nutzen. Vor wenigen Wochen haben wir deshalb der Wirtschaft ein Signaturlösungsangebot angeboten. Wir wären unter bestimmten Bedingungen auch zu einer Anschubfinanzierung bereit.

e-Government hat nicht nur eine volkswirtschaftliche Dimension. Unter dem

Web-Service

Ziel von BundOnline 2005 ist es, alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2005 online bereitzustellen. Der Umsetzungsplan steht zum Download bereit:

- www.bund.de/Anlage67126_pdf_datei.pdf

Weitere Links:

- www.staat-modern.de
- www.bmi.bund.de